

Berliner Splitter III: Sonntag

von Karsten Malowitz, Martin Büdel, Kira Meyer, Hannah Schmidt-Ott, Felix Hempe, Moritz Klenk

Bericht vom dritten Tag der Konferenz "Emanzipation",
27. Mai 2018

Hoch die intersektionale Solidarität!

Kolloquium "Macht und Herrschaft" *von Karsten Malowitz*

Schneller laufen, um sich selbst zu überholen

Kolloquium: Solidarität *von Martin Büdel*

Utopische Energien - und wie man sie erschöpft

Kolloquium: Hoffnung & Utopie *von Kira Meyer*

Herrschaftszeiten

Medico-Kolloquien: Emanzipation aus der Katastrophe & Öffentlichkeit als globale res publica *von Hannah Schmidt-Ott*

Zum Schluss: vom Hörsaal auf die Straße?

Plenum: Emanzipationsbewegungen und soziale Kämpfe *von Felix Hempe & Kira Meyer*

Emanzipation im Kontext - Tag 3

Der Podcast *von Moritz Klenk*

Hoch die intersektionale Solidarität!

Die Erwartungen des Publikums an das von Kristina Lepold und Martin Saar (beide Frankfurt am Main) moderierte Kolloquium „Macht und Herrschaft“ waren offensichtlich hoch. Davon zeugte jedenfalls der enorme Andrang der ZuhörerInnen, die sich so zahlreich eingefunden hatten, dass in dem hoffnungslos überfüllten und aufgeheizten Hörsaal kein Durchkommen mehr war.

Zu spüren bekam das auch der leicht verspätet eintreffende Didier Eribon (Amiens), der seinen Platz auf dem Podium nur durch den Hintereingang erreichen konnte. Dabei musste er sich schon an Isabell Lorey (Kassel) vorbeidrängeln, die nach einer freundlich und kurz gehaltenen Vorstellungsrunde als erste der ReferentInnen ans Mikrofon getreten war, um über die Versäumnisse der Aufklärung im Umgang mit Rassismus und Kolonialismus zu sprechen. Anknüpfend an Überlegungen des Bürgerrechtlers und Black-Panther-Aktivisten Stokeley Carmichael, übte Lorey Kritik an einer gegenüber Formen von Bevormundung und ethnischer Diskriminierung lange Zeit blinden Linken und legte dar, warum die Vorstellung vom freien und unabhängigen Individuum kein erstrebenswertes Ideal, sondern ein ideologisches Konstrukt darstellt, das es zu überwinden gilt. Stattdessen plädierte sie für ein an den Leitbegriffen „Prekarität“ und „Schuld“ orientiertes Verständnis von Subjektivität und Sozialität, das den vielfältigen Verstrickungen unserer immer schon in bestimmte Strukturen und Praktiken eingelassenen Existenz und den daraus erwachsenden moralischen Verpflichtungen Rechnung trägt.

Grundsätzliche Kritik an den Konzepten von „Autonomie“ und „Emanzipation“ übte anschließend auch Shelley L. Tremain (Toronto), die in ihrem Vortrag die mangelnde politische und politiktheoretische Berücksichtigung der Lebenssituation behinderter Menschen sowie ihrer Bedürfnisse und Interessen thematisierte. Nach einer kurzen Zeitreise in die bundesdeutsche Vergangenheit, bei der sie schlaglichtartig auf ausgewählte Probleme, Konflikte und Errungenschaften der Behindertenbewegung einging, identifizierte Tremain die blinden Flecken insbesondere liberaler Theorieansätze. Gegen den methodischen Individualismus und die Fixierung auf Selbständigkeit machte sie sich für eine Perspektive stark, die den sozialen Charakter menschlichen Lebens und den damit verbundenen Aspekt der Angewiesenheit in den Blick nimmt.

Nancy Fraser (New York), die sich dem Publikum als „Achtundsechzigerin“ vorstellte, nutzte die Gelegenheit, um in ihrem Vortrag einmal mehr für ihre erweiterte Konzeption des Kapitalismus zu werben, der zufolge es sich beim Kapitalismus nicht nur um eine Form des Wirtschaftens, sondern eine alle gesellschaftlichen Bereiche prägende Lebensform handelt. Weit davon entfernt, lediglich das von Marx beschriebene ökonomische Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapitalisten und Proletariern hervorzubringen, sei der Kapitalismus vielmehr durch

zahlreiche weitere Macht- und Herrschaftsverhältnisse gekennzeichnet, ohne die er nicht funktionieren könne. Die von feministischer Seite immer wieder kritisierte Unterscheidung zwischen bezahlter Lohn- und unbezahlter Haus- und Care-Arbeit gehöre ebenso dazu wie die systematische Ausplünderung der ökologischen Ressourcen oder die globale soziale Ungleichheit zwischen den entwickelten Zentren des Kapitalismus und der unterentwickelten Peripherie. Was es brauche, so Fraser, sei die Einsicht, dass es sich bei Sexismus, Rassismus und Speziesismus nicht um kontingente Begleiterscheinungen, sondern um wesentliche Bestandsvoraussetzungen des Kapitalismus handelt, die nur gemeinsam mit ihm überwunden werden können. Die Aufgabe der Linken müsse es sein, die Zusammenhänge deutlich zu machen und die bislang noch vereinzelt Kämpfe der verschiedenen sozialen Bewegungen und politischen Initiativen weltweit zu bündeln. Beim überwiegend jungen und zumindest optisch auf links gedrehten Publikum kam das gut an: Lautstarker und langer Applaus für einen kämpferischen Vortrag und den Hauch einer Vision.

Ein gesundheitlich leicht angeschlagener und augenscheinlich auch nicht optimal vorbereiteter Didier Eribon (Amiens) hatte anschließend nicht nur Mühe, seine Argumente zu sortieren, sondern tat sich auch schwer mit seinem Versuch, Frasers Vision einer anti-kapitalistischen Einheitsfront zum Wohle der Diskussion etwas entgegenzusetzen. Abgesehen von zahlreichen Invektiven, die sich mal gegen den Neoliberalismus, mal gegen Emmanuel Macron und nicht zuletzt gegen VertreterInnen der französischen Linken wie Daniel Cohn-Bendit („the puppet of Macron“) oder François Hollande richteten, beschränkten sich Eribons Einwände auf das Streuen von Zweifeln an der Idee einer globalen Gegenbewegung. Zur Begründung verwies er einmal auf die prekären sozialen Lebensverhältnisse vieler Menschen, die eher zu Apathie und Konformismus als zu Engagement und Widerstand neigten, und zum anderen auf die sehr spezifischen Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, die sich nicht über einen Kamm scheren ließen. Um sich überhaupt organisieren, eine Identität entwickeln und handlungsfähig werden zu können, seien Gruppen und Bewegungen darauf angewiesen, sich von anderen zu unterscheiden. Auch die Rolle des Staates müsse differenziert betrachtet werden: So trete er mal als repressive Überwachungsinstanz, mal als fürsorgender Wohlfahrtsstaat und mal als Verbündeter im Kampf gegen Formen der Diskriminierung in Erscheinung. Durchdringen konnte er mit seinen skeptischen Einwänden, die er auch in der abschließenden Diskussion noch einmal wiederholte, zumindest an diesem Morgen nicht. Die Sympathien im Saal lagen bei Nancy Fraser und ihrer Vorstellung einer globalen antikapitalistischen Opposition, bei der nicht nur alles mit allem zusammenhängt, sondern auch alle irgendwie solidarisch miteinander verbunden sind. Sie war ja auch wie gemacht für einen Sonntag. (Karsten Malowitz)

Schneller laufen, um sich selbst zu überholen

Der Saal war zu Beginn des Kolloquiums „Solidarität“ spärlich besetzt. Ob es daran lag, dass sowohl Steffen Herrmann (Hagen) in seiner Begrüßung, als auch Frederick Neuhouser (New York) im ersten Vortrag derart verhalten sprachen? An der Wand hinter den Vortragenden lief eine Projektion mit Slogans der 68er: „lauf schneller genosse, die alte welt ist hinter dir her“, „traum ist wirklichkeit“, „nieder mit dem immergleichen, es lebe die vergänglichkeit“, „gewerkschaften sind bordelle“ oder „arbeitet nie“. Hier aber wurde gearbeitet und auch der Saal füllte sich im weiteren Verlauf noch etwas mehr. Für gute zwei Stunden wurde über Solidarität und ihr Verhältnis zu Emanzipation, Freiheit oder auch Gleichheit nachgedacht, ein bisschen zu unaufgeregt angesichts der kämpferischen Slogans an der Wand.

Alle Vortragenden verwiesen auf die gegenseitige Durchdringung ihres Denkens und darauf, dass sie einige Aspekte der Vorredner in ihren Vorträgen jeweils in leichter Variation wiederholen würden. So entstand in diesem Kolloquium ein solider Diskussionszusammenhang, was nach dem Eindruck mancher im Verlauf der drei Tage wohl nicht immer der Fall gewesen war. Allerdings beschränkte sich die Diskussion weitestgehend auf Begriffsarbeit, ohne sich allzu sehr mit Bezugnahmen auf konkrete soziale oder historische Situationen zu belasten.

Fred Neuhouser unterschied nationale Solidarität („domestic solidarity“) von internationaler Solidarität („international solidarity“) und verwies auf den wichtigen Punkt, dass sich ein Zusammenhang von Solidarität, Freiheit und Gleichheit nur in seiner jeweiligen sozialen Verfasstheit begreifbar machen lasse. Solidarität als handlungsleitende Maxime im Politischen könne nicht einzig aus dem Umstand heraus überzeugen, ein in logischer Hinsicht konsistentes Konzept zu sein. Vielmehr komme es darauf an, anzuerkennen, dass wir als soziale Wesen immer schon in Abhängigkeit von anderen leben und zu Formen der Kooperation gezwungen sind. Der Anspruch, Solidarität als Werkzeug emanzipatorischer Bestrebungen und gleichzeitig als deren Ergebnis begreifen zu wollen, müsse sich aus dieser Einsicht speisen. Als weiteres Stichwort brachte er entsprechend den Begriff der „sozialen Freiheit“ ein, den er und andere im Anschluss an Hegel entwickelt haben.

Rahel Jaeggi (Berlin), die kurzfristig für den verhinderten Daniel Brudney (Chicago) eingesprungen war, wollte Solidarität stärker abgegrenzt sehen von Mitgefühl oder Fürsorge als Neuhouser, der darin ein wichtiges begründendes Element für Solidarität sah. Jaeggi dagegen fand, dass Mitgefühl lediglich auf Affekten aufbaue, während Solidarität darauf beruhe, eine gemeinsame Sache zu verfolgen. Das bedeute weiter eine symmetrische Beziehung zueinander einzunehmen, also den eigenen Befreiungskampf auch im Kampf von anderen zu erkennen und daraus Solidarität zu entwickeln. Weitere begriffliche Grenzlinien zog sie zu Konzepten wie Freundschaft, Gemeinschaft und Loyalität, um ihren Solidaritätsbegriff zu schärfen und vor einer Vereinnahmung durch unliebsame Ideologien zu bewahren.

Neuhouseer schien da aus sozialtheoretischer Perspektive eine plausiblere Lösung anzubieten, indem er Solidarität nicht ausschließlich durch die Hinwendung zu anderen, sondern in ihrer sozialen und kulturellen Verfasstheit zu begreifen suchte.

Schließlich blieb es Thomas Seibert (Berlin) überlassen, zumindest einige Bezüge zu konkreten politischen Befreiungskämpfen herzustellen. Für ihn warten die Ideen des Mai `68 - nicht als singuläres Ereignis, sondern als eine Art *longue durée* gedacht, die bereits mit kolonialen und revolutionären Befreiungskämpfen in Algerien oder auch Kuba in den 1950er Jahren begonnen hätte - noch auf ihre Verwirklichung. Nur weil ein Teil der Ansprüche auf Autonomie oder Emanzipation durch neoliberale Kräfte vereinnahmt und verwässert worden seien, müsse man sie nicht aufgeben. Ganz ähnlich wie Neuhouseer hoffte er darauf, dass sich aus einer neuen Perspektive auf individuelle Selbst- und Weltverhältnisse (also aus einem angemessenen Verstehen als „soziale Freiheit“, zu der das Wissen um wechselseitige Abhängigkeiten gehöre) die Notwendigkeit für solidarisches Handeln ergibt.

In der anschließenden Diskussion konkretisierte Seibert diese Möglichkeit noch vor dem Hintergrund der Unterscheidung von nationaler und internationaler Solidarität, die Neuhouseer nahegelegt hatte. Nationale Befreiungsbewegungen stünden stets vor dem Problem, ihr Anliegen zunächst lokal verfolgen zu müssen, um nationale Autonomie gegenüber kolonialen Machtstrukturen zu erlangen. Dass ein solcher Befreiungskampf statt mit der Forderung nach einem eigenen Nationalstaat auch mit derjenigen nach einer allgemeinen Demokratie auftreten kann, verdeutlichte er am Beispiel der kurdischen Türken. Internationale und nationale Solidarität, so ließe sich im Lichte dieser Beobachtung sagen, sind offenkundig untrennbar miteinander verwoben und bedingen sich gegenseitig.

Mancher Einwand und die ein oder andere Nachfrage aus dem Publikum verwiesen noch stärker auf den Umstand, dass sich die Frage nach Effekten von Solidarität als Wegbegleiter hin zu einer emanzipierten Gesellschaft nicht allein durch begriffliche Abgrenzungen lösen ließe. In Bezug auf konkrete soziale oder historische Situationen stelle sich die Frage nach begrifflicher Einordnung erneut: die zuvor fein sortierten Unterscheidungen überschritten sich und mussten am Gegenstand neu ausgerichtet werden. Ein Beispiel aus der Diskussion: eine Teilnehmerin verwies auf den Kontext häuslicher Gewalt. Für Sozialarbeiter*innen und erste Ansprechpartner*innen bei einem Hilfefon ergebe sich die Notwendigkeit, emphatisch zu handeln. Eine Trennung von Mitgefühl, Fürsorge und Solidarität sei in solchen Situationen unangemessen.

Dass auch ohne den Anspruch, das Immergleiche niederzureißen und das Vergängliche hochleben zu lassen, keine festen Verhältnisse in der Welt bestehen und wir deshalb angesichts neuer soziohistorischer oder allgemein sozialer Situationen unsere Begriffe neu justieren müssen, wurde so leider nur ansatzweise deutlich. Zu sehr beharrte man auf kleinteiligen begrifflichen Abgrenzungen, die

dann durch konkrete Bezüge in den Rückfragen aus dem Publikum doch wieder durcheinandergerieten und neu justiert werden mussten.

Der zugegebenermaßen wohl nie völlig aufzulösende Widerspruch zwischen dem Nachdenken über Solidarität und konkreter solidarischer Praxis trat schließlich auch im Kolloquium selbst zutage. Als Steffen Herrmann am Ende der Veranstaltung für eine Beteiligung an den mittags stattfindenden Demonstrationen gegen eine Kundgebung der AfD warb, ermahnte Rahel Jaeggi dazu, doch bitte pünktlich zum abschließenden Plenum zurück zu sein – Es hätte ja sonst jemand unter den Anwesenden auf die Idee kommen können, politisch zu handeln. (Martin Büdel)

Utopische Energien - und wie man sie erschöpft

Angesichts der zahlreichen Kolloquien, die sich mit der düsteren Gegenwart befassten sowie den Hürden, Fallen und Fußangeln, mit denen der Weg zur Emanzipation gesäumt ist, versprach das Kolloquium „Hoffnung und Utopie“ – zumindest dem Titel nach – einen Blick in eine lichtere Zukunft. Doch noch bevor es richtig losging, verschaffte sich die Realität Geltung, hatte doch James Ingram (Hamilton) die krankheitsbedingte Abwesenheit seines Mitorganisators Arnd Pollmann zu verkünden. Den vielen leeren Stuhlreihen im Auditorium nach zu urteilen, hätte man vermuten können, dass auch ein Großteil der Teilnehmer*innen über Nacht erkrankt sei. Doch die erste Referentin, Sylwia Chrostowska (Yorck), erhellte den wahren Grund für die dünne Besetzung: Macht und Herrschaft hätten seit jeher eine größere Anziehungskraft auf die Menschen ausgeübt und das gelte eben auch für das mit diesen Themen befasste und zeitgleich stattfindende Kolloquium. Chrostowska nahm die Herausforderung gleichwohl sportlich und entwarf in ihrem Vortrag unter Verweis auf so unterschiedliche Autoren wie André Breton, Charles Fourier und Miguel Abensour den Begriff der „body utopias“. Der Begriff diene ihr zur Bezeichnung von Utopien, die auf die Befreiung des Körpers und seiner Begierden abzielen. Dabei ging es Chrostowska nicht darum, die im Kapitalismus entfremdeten und warenförmig verkürzten Begierden auszuleben, sondern sich durch kritische Erziehung von ihnen zu emanzipieren. Erst ein derart befreites und geschultes Begehren („educated desire“) weise den Weg ins (utopische) „Schlaraffenland“. Wer wollte, konnte in Chrostowskas Ausführungen einen Kommentar zu Problemen sehen, die Eva Illouz et al. unlängst in dem Band *Wa(h)re Gefühle* ausbuchstabiert und erörtert haben. Darin ging es unter anderem um die Frage, ob beziehungsweise inwieweit das Anbahnen von romantischen Beziehungen sowie das darunterliegende Begehren in kapitalistischen Gesellschaften durch den Konsum von als romantisch geltenden Waren vermittelt werden. Pointiert formuliert: Kaufen wir Dessous, Parfüms oder Rosen, weil wir

verliebt sind, oder sind wir verliebt, weil wir Dessous, Parfüms oder Rosen kaufen? In Chrostowskas Schlaraffenland des befreiten Begehrens müssten wir uns diese Frage nicht mehr stellen. Hier herrschte die Tauschwirtschaft des Herzens und es gelte: L'amour pour l'amour.

Im anschließenden Vortrag erörterte James Ingram unterschiedliche Varianten der Konzeptionalisierung von Utopien. So dürfe eine Utopie nicht im klassischen Sinne als u-topos, also als Nicht-Ort, verstanden werden, denn als solcher sei sie schlicht unmöglich. Auch die „historische Utopie“, die die Verwirklichung des Glücksversprechens in die Zukunft verlege, biete keinen Ausweg, da sie in der Regel am Problem der Umsetzung scheitere. Der von Ingram skizzierte Ausweg aus dem Dilemma orientierte sich am Konzept der „persistent utopia“. In dieser Form existiere die Utopie bereits in der gegenwärtigen Realität als Potenzial, das es lediglich zu organisieren und zu aktivieren gelte. Dabei pochte Ingram darauf, sowohl die Vergangenheit wie die Zukunft im Blick zu behalten und verwies mit Benhabib auf die Wichtigkeit, Glück und Würde nicht getrennt zu denken. In diesem Sinne habe auch Ernst Bloch seine Schriften formuliert. Ein Schelm wer bei all dem an Tim Bendzko dachte.

Nicht in Bezug auf Bendzko, sondern auf Bloch versprach die Vorankündigung zu Arno Münsters (Amiens) Vortrag, unter anderem der Frage nachzugehen, ob wir utopische Träume lieber verwerfen und uns stattdessen einer Kritik der gegenwärtigen Ordnung widmen sollten. Die Hörschaft hatte also begründeten Anlass zu der Hoffnung, dass Münster als Blochs Biograf diese und andere Antworten liefern würde. Mit zunehmender Vortragsdauer machte sich jedoch Ernüchterung unter den Anwesenden breit: Der Referent nutzte die ihm gebotene Vortragsgelegenheit in erster Linie dazu, die Werbetrommel für seine Bücher zu rühren. Den von ihm selbst gegebenen Hinweis auf das fehlende Interesse an seiner Autobiografie in Deutschland souverän missachtend, berichtete Münster dem nur noch von Sekundärtugenden auf ihren Plätzen gehaltenen Publikum ausführlich von seinen eigenen biografischen Erfahrungen aus den späten 60er-Jahren - es fehlte nur der Verkaufsstand mit Autogrammstunde. Zur Sache selbst ließ Münster wissen, dass Blochs Philosophie einer Ontologie des Noch-Nicht-Seins über die historische Utopie Marxens hinaus-schieße und die Kräfte der Utopie immer schon im gärenden Prozess der Wirklichkeit vorhanden seien. Im Publikum gärte es inzwischen auch: Der Redner hatte seine Vortragszeit und die Geduld des Publikums deutlich überschritten. Die ohnehin dünn besetzten Stuhlreihen lichteten sich weiter. Münsters abschließende Würdigung seines vor wenigen Wochen verstorbenen Freundes, des französischen Philosophen André Tosel, kriegte daher leider kaum noch jemand mit. (Kira Meyer)

Herrschaftszeiten

Die Kolloquien „Emanzipation aus der Katastrophe“ und „Öffentlichkeit als globale res publica“, die von medico international e.V. organisiert und von der medico-Pressesprecherin Katja Maurer moderiert wurden, unterschieden sich in zwei Hinsichten von den übrigen, theoretisch ausgerichteten Panels und Vorträgen. Zum einen lag der inhaltliche Schwerpunkt tendenziell eher in der Praxis: Mit Ausnahme des Vortrags der Kriminologin Vera Malaguti aus Rio de Janeiro sprachen alle Vortragenden ausschließlich über die konkrete politische, kulturelle und soziale Arbeit gegen Notstände, Ausbeutung und repressive Herrschaft. Zum anderen setzte sich das Publikum gänzlich anders zusammen: waren die Vorlesungssäle, in denen die Panels stattfanden, bei den meisten Theorieveranstaltungen von Studierenden bevölkert, zumeist überfüllt und ob des fabelhaften Wetters aufgeheizt und stickig, konnte man sich in den beiden oben genannten Kolloquien nicht über Mangel an Sitzplätzen oder Sauerstoff beklagen. Die Zusammensetzung des Publikums zeigten eindeutig, dass das Interesse an Berichten und Perspektiven *aus dem Handgelenke* bei AktivistInnen ausgeprägter ist als in der Studierendenschaft - ohne freilich damit ausschließen zu wollen, dass es zwischen den Gruppen auch Überschneidungen gibt. Die eher verhaltene Resonanz der Studierenden verwundert umso mehr, da es den beiden hier besprochenen medico-Kolloquien an *Celebrities* nicht mangelte: Milo Rau, seines Zeichens Regisseur, Theaterintendant und Publizist sprach - unterstützt von der Dramaturgin Maria Bertschy - über die Möglichkeiten des Theaters, durch Planspiele Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Harald Welzer, prominenter Soziologe und Sozialpsychologie, referierte über die gern verleugneten Handlungsoptionen westlicher Gesellschaften und ihrer Mitglieder. Thomas Seibert, Wissenschaftler und Leiter von medico international, berichtete an Stelle Hadi Marifats, der nicht einreisen durfte, von den Aktivitäten der Afghanistan Human Rights and Democracy Organization. Die NGO organisierte beispielsweise eine Underground-University, bei der die afghanischen BesucherInnen ein erstaunliches Interesse an Kritischer Theorie im Allgemeinen und Walter Benjamin im Besonderen zeigten.

Eine dezidiert theoretisch informierte Analyse bot einzig der Vortrag der brasilianischen Kriminologin Vera Malaguti im Kolloquium „Emanzipation aus der Katastrophe“. Malaguti sprach über die brasilianische Gesellschaft, die sich in der größten Krise seit Jahrzehnten befände. Der mittlerweile inhaftierte ehemalige Staatschef Lula, der wegen Korruption verurteilt wurde und die Ermordung der populären linken Stadträtin Marielle Franco im März diesen Jahres trafen mit der höchsten Inhaftierungsrate in der Geschichte Brasiliens zusammen. Der „war on drugs“, der massive polizeiliche Zugriffe legitimiere, führe dazu, dass eine ausufernd hohe Zahl von zumeist wenig gebildeten, jungen, schwarzen Männern Gefängnisstrafen absitzt. Unter Bezugnahme auf poststrukturalistische Ansätze wie Achille Mbembes Konzept der Necropolitics, also die machtbasierte Entscheidung darüber, wer leben darf und wer sterben muss, arbeitete Malaguti heraus, dass Kriminalisierung und Bestrafung als Biopolitik fungierten, der man nur radikale Dekolonialisierung und Derassifizierung entgegen setzen könne. Die Theorie, auf die, implizit oder explizit, in den Vorträgen zu Praxen und

konkretem Engagement rekurriert wurde, speiste sich aus poststrukturalistischen Paradigmen. Sie operierte folglich immer im Spannungsfeld zwischen universalistischen Werten und partikularistischen Strukturen mit den ihnen eigenen Handlungsmöglichkeiten. Der Vortrag der Mitarbeiterin des Vereins *Adopt a Revolution*, Christin Lüttich, beschrieb, wie wichtig der Gedanke von *Agency* und damit verbunden eine Begegnung auf Augenhöhe für die erfolgreiche politische Arbeit und eine emanzipative Praxis sei, stellte aber ebenfalls heraus, dass konkrete Hilfe durchaus auch normative Abstriche machen müsse, wenn sie eine Wirkung erzielen wolle. Man müsste also, wie sie provozierend anfügte, im Zweifelsfall auch Frauen dabei unterstützen, Rechte bei Sharia-Gerichten einzuklagen. Denn, wie der Sozialpsychologe Harald Welzer zustimmend bemerkte, gehe es bei praktischen Interventionen gerade nicht darum, alle Probleme auf einmal zu lösen. Vielmehr diene der Verweis darauf, alles richtig machen zu wollen, gerade in westlich-demokratischen Gesellschaften häufig als Vorwand für Nicht-Handeln.

Der Skandal des Kongresses bestand fraglos darin, dass zwei der drei ursprünglich eingeplanten Referenten des Kolloquiums „Solidarität in der Katastrophe“ keine Möglichkeit hatten, teilzunehmen. Der Grund dafür war, dass Abu Brima, Direktor des „Network Movement for Justice and Development“ aus Sierra Leone und Hadi Marifat, Direktor des „Afghanistan Human Rights and Democracy Organization“ die Einreise verwehrt wurde. Die Bundesrepublik Deutschland war nicht bereit und willens, ihnen ein Einreisevisum auszustellen. Obwohl medico Geld, Ressourcen und Strukturen bereit stellte, um alle Visa-Bedingungen zu erfüllen, die unter anderem in einem neuntägigen Aufenthalt in Delhi für den Referenten aus Afghanistan bestanden, zahlte sich all die Mühe am Ende nicht durch den Erhalt eines Visums aus. Dieser Umstand wurde von den Referent*innen zwar immer wieder angeschnitten, dass man es hier mit einem sehr konkreten Fall von Herrschaft (dem vielbeschworenen Gegenteil von Emanzipation) zu tun hat, wäre jedoch durchaus eine gesonderte Betrachtung wert gewesen.

Ist die Idee, Theorie und Praxis im Rahmen eines Kongresses, der ein dezidiert politisches Anliegen hat, zusammen zu bringen, per se zu begrüßen, so stellte sich im Rückblick auf den gesamten Kongress vor allem eines heraus: dass die Praxis die Theorie mehr braucht, als andersherum. Was aus dieser offenkundigen Asymmetrie sowohl für das Erkenntnisinteresse als auch für die politischen Ambitionen eines solchen Kongresses folgt, ist eine Frage, die in Berlin weder gestellt noch beantwortet wurde. (Hannah Schmidt-Ott)

Zum Schluss: vom Hörsaal auf die Straße?

Für die abschließende Plenarveranstaltung wurde begrifflich aufgesattelt und der titelgebende Emanzipationsbegriff um den Begriff der Bewegung erweitert und so trug das Abschlusspanel den Titel „Emanzipationsbewegungen und soziale Kämpfe“, was auf die Frage nach der Praxistauglichkeit des Emanzipationsbegriffs verweisen sollte. Im Verbund mit den Fragen nach deren sozialen Kämpfen sollte es nun, zum Abschluss der Veranstaltung, um die Praxistauglichkeit von Emanzipation gehen.

Den Anfang machte Alex Demirović (Frankfurt), der eine „Emanzipation von der Emanzipation“ forderte. Man müsse von Marx zu Foucault übergehen und sich von allzu viel Geschichtsoptimismus freimachen. Zwar befänden wir uns heute strukturell in derselben Situation wie seinerzeit Marx, im Bundestag jedoch hätten wir es aktuell mit einem völkischen Nationalismus zu tun, der das Rad der bürgerlich-kapitalistischen Geschichte wieder zurückdrehen wolle. Vor diesem Hintergrund plädierte Demirović dafür, Emanzipation als „Emanzipation von Rassismus“ zu verstehen und voran zu treiben – freilich ohne sich auf jene bürgerlichen Gleichheitsversprechen zu beschränken, die im Rahmen der bestehenden Verhältnisse das Nonplusultra repräsentieren. Letztendlich ginge es somit um einen offeneren Begriff von Befreiung, der den der Emanzipation aufgrund seiner historischen Verschleißerscheinungen zu ersetzen habe.

Ebenfalls gegen den Begriff der Emanzipation, jedoch für denjenigen der Subalternität votierte Sabine Hark (Berlin) in ihrem Vortrag. Ähnlich wie Demirović attestierte sie dem Emanzipationsbegriff eine gewisse Antiquiertheit. Der Begriff der Subalternität hingegen sei von vielversprechender Vitalität, beschreibe er doch einerseits diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, die bislang qua ihrer Marginalität keine Möglichkeit zur Repräsentation erhalten hätten, sowie andererseits die ersten Schritte einer realen Bewegung, die sich durch eine andere Form von Solidarität auszeichne. Die einstmalen progressiven Emanzipationsbewegungen, die sich auf identity politics beriefen, seien im Gefüge des Neoliberalismus vom Marktgeschehen zerrieben worden und zwar gerade, weil es ihnen nicht gelungen sei, solidarische Allianzen zu schmieden. Der Begriff der subalternen Solidarität verfüge demgegenüber über das Potenzial, Identitäten zukünftig in globalem Maßstab zu vereinen. Hierzu müsse allerdings „mit der Welt, statt über die Welt“ nachgedacht werden. Die Straße, auf der künftige Emanzipationsbewegungen kämpfen sollten, ist für Hark also eine Fernstraße, die unterschiedliche Gruppen(-identitäten) miteinander verbindet.

Die Geschichte des Emanzipationsbegriffs wurde auf der Konferenz bereits mehrfach ausgebreitet, was Regina Kreide (Gießen) nicht daran hinderte, ihren Vortrag trotzdem mit einem historischen Rückblick zu beginnen, auch wenn ihre Rekapitulation zur allgemeinen Erleichterung in die sprichwörtliche „nutshell“ passte. Im Gegensatz zu den anderen Konferenzteilnehmer*innen merkte Kreide an, dass nach derzeitigem Verständnis von Emanzipation – Antonio Gramsci und der

Kampf um kulturelle Hegemonie lassen grüßen – tendenziell vor allem eine Emanzipation der Neuen Rechten zu beobachten sei, die das eigene Handeln im Sinne Armin Mohlers als Metapolitik begreife. Ein emphatischer Begriff von Emanzipation müsse jedoch anders aussehen. Anleihen hierzu böte beispielsweise Herbert Marcuse, dessen Unterscheidung zwischen freiheitlicher und repressiver Toleranz die Referentin kurzerhand auf den Emanzipationsbegriff übertrug: Neoliberale Gesellschaften tendierten zu repressiver Emanzipation, also einer Emanzipation der wenigen für die sie mit der Zurichtung ihrer selbst bezahlten. Gegenwärtigen Emanzipationsbewegungen riet Kreide vor dem Hintergrund dieser Überlegung, solche Risse im herrschenden Machtgefüge aufzuspüren und zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Nancy Fraser (New York) wies auf die einzigartige Situation hin, in der wir uns derzeit – und zwar weltweit – befänden: Wir erlebten gerade eine „hegemonial gewordene Krise“, in der ökologische, ökonomische, politische und soziale Krisenerscheinungen zusammenliefen. Die aktuell vielerorts entstehenden populistischen Revolten würden sich gegen den progressiven Neoliberalismus wenden, der für einen Großteil dieser Krisen verantwortlich sei. Wolle der linke Populismus dabei eine tragende Rolle spielen, müsse er sich von der Angst vor Spaltungen freimachen. Feminist*innen müssten sich beispielsweise deutlich von Gruppierungen abgrenzen, die unter Slogans wie dem der produktiven Diversität neoliberale Positionen propagierten, statt sich unter einem gemeinsamen Banner mit ihnen zusammenzutun. Allen Skeptiker*innen der populistischen Option – Fraser blickte an dieser Stelle wohl nicht zufällig in Demirovićs Richtung – gab sie zu bedenken, dass diese Option nicht das endgültige Ziel, sondern lediglich eine Zwischenstation auf dem Weg in eine post-kapitalistische Gesellschaft sei.

Zwischendurch gab Rahel Jaeggi aktuelle Wasserstandsmeldungen zu den politischen Kämpfen außerhalb der Tagungsstätte durch: Ins rotummantelte Mikrofon verkündete sie, dass momentan mit 72.000 Demonstrant*innen eine überwältigende Mehrzahl den 2.000 protestierenden AfD-Anhänger*innen auf Berliner Boden gegenüberstünde – der Saal tobt. Verschiedene Medien berichteten zwar von deutlich abweichenden Zahlen und sprachen von 25.000 Gegendemonstranten und 5000 AfD'lern – der Sieg der Emanzipation im Straßenkampf wäre aber wohl auch auf dieser Zahlengrundlage nicht minder begeistert ausgerufen worden.

Da passte die nächste Rednerin – ihres Zeichens *die* Theoretikerin des Kampfes und der Feindschaft – Chantal Mouffe (Westminster), bestens ins Bild. Gleich zu Beginn machte sie deutlich, dass man von allen Versuchen, sich ihr mit normativen Fragen zu nähern, Abstand nehmen solle, denn gegen normative politische Theorie sei sie allergisch. Vielleicht erklärt das auch ihren rasanten Redestil: Womöglich hatte sie sich erhofft, auf diese Weise dem mit solchen Allergenen sicherlich hoch angereicherten Saal möglichst schnell zu entkommen? Vorher wollte sie aber noch festgehalten wissen, dass wir heutzutage zwar dem Namen nach in Demokratien leben würden, unsere Gesellschaften aber eher den Namen „Post-Demokratie“

verdient hätten. Wer das Präfix wieder loswerden wolle, solle ihrer Meinung nach auf einen linken Populismus setzen, denn nur dieser hätte die Kraft, rechte Tendenzen durch eine Wiederbelebung demokratischer Auseinandersetzungen nachhaltig zurückzudrängen. Ob eine derartige linke Bewegung dann auch als emanzipatorisch gelten könne, ließe sich nur an der Formulierung ihrer Forderungen erkennen. Auf Argumente gibt Mouffe dabei nicht viel: Wir müssten vielmehr von Spinoza lernen, unerwünschte Affekte durch stärkere positive zu ersetzen. Dass ein solches Konzept ebenfalls allergische Reaktionen provozieren kann, wurde beispielsweise an Demirović deutlich, der seinen Aversionen durch die ein oder andere Spitze in der Diskussion Ausdruck verlieh.

Zum Ende des letzten Vortrages ging es noch einmal zurück zum heimlichen Lieblingsthema der Veranstaltung: wie der Flurfunk vermeldete, hatten die Gegendemonstranten inzwischen gesiegt, die AfD während Mouffes-Vortrag eingepackt. War es am Ende also die Beschwörung eines linken Populismus vom Podium aus, die per Telepathie die Massen mobilisiert und die AfD so in die Knie gezwungen hatte!? Durch den Raum jedenfalls waberte ein starkes, aber in Bezug auf die Realität außerhalb des Vorlesungssaals doch höchst zweifelhaftes Gefühl: WIR haben gesiegt!

Nach dem knapp dreistündigen Parforceritt von fünf Vorträgen blieb zuletzt kaum noch Zeit für eine Diskussion der zahlreichen, im Raum stehenden Thesen. Gestattet wurde umgerechnet eine Frage pro Referent*in - kaum ausreichend, um die Implikationen der einzelnen Vorträge auszuloten, geschweige denn, noch einen Austausch über den Verlauf der ganzen Tagung zu ermöglichen. Pointiert fasste Demirović schließlich zusammen, woran insbesondere das letzte Plenum, aber auch viele andere der Veranstaltungen der letzten drei Tagen krankten: Die gestellten Fragen seien nicht konkret genug. Welche Alternativen etwa beständen gegenwärtig zum linken Populismus? Wie verhielten wir uns zur Digitalisierung? Welchen Umgang wählten wir mit der immer noch virulenten Race-Problematik? Auf der hier präsentierten Ebene sei die gesamte Veranstaltung Philosophie ohne Praxis!

Zumindest eine Ahnung davon, wie gelebte Emanzipation aussehen kann, erhielt man in den letzten Minuten der Tagung: Jaeggi bat alle studentischen Hilfskräfte und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen auf die Bühne, um das Rampenlicht zumindest kurz mit den Schattenarbeiter*innen zu teilen. Ob eine solche Geste auch ohne die Proteste der studentischen Angestellten vor der Auftaktveranstaltung am Freitag denkbar gewesen wäre? (Felix Hempe & Kira Meyer)

Emanzipation im Kontext - Tag 3

(Moritz Klenk)
